

Geschäftsführung:
Fachdienst Rat und Bürgermeister

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid

am 21.08.2023

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Rates:

Bürgermeister Sebastian Wagemeyer

von der CDU-Fraktion

Ratsfrau Gesthimani Demirtzoglou

Ratsherr Michael Dregger

Ratsfrau Dr. Antje Heider

Ratsherr Daniel Kahler

Ratsfrau Susanne Mewes

Ratsherr Michael Meyer

Ratsherr Björn Schöttler

Ratsherr Ralf Schwarzkopf MdL

anwesend bis Tagesordnungspunkt 5
der öffentlichen Sitzung/17:40 Uhr

Ratsfrau Elisabeth Siebensohn

Ratsfrau Anja Tadday-Schlichting

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Jan Eggermann

Ratsherr Fabian Ferber

Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Dirk Franke

Ratsherr Dominik Hass

Ratsherr Lothar Hellwig

Ratsfrau Karin Hertes

Ratsherr Steffen Kriegel

Ratsherr Thomas Kruber

Ratsfrau Nicole Schulte
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek
Ratsherr Michael Thielicke
Ratsfrau Ramona Ullrich
Ratsherr Jens Voß

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Ilona Bartocha
Ratsfrau Julia Decker
Ratsfrau Tanja Tschöke

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter
Ratsherr Dominik Petereit

von der Fraktion DIE LINKE.

Ratsherr Otto Ersching
Ratsherr Josef Filippek

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Claudius Bartsch
Ratsherr Peter Oettinghaus

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Fabian Kessler
Beigeordneter und Stadtkämmerer Sven Haarhaus
Herr Stephan Theo Hammer
Herr Frank Kusmirtz
Herr Marcus Müller
Herr Matthias Reuver
Frau Petra Noack
Frau Claudia Stelse
Frau Sabine Weichler
Herr Michael Heinrich
Herr Christopher Rehnert
Frau Corinna Moraru

anwesend bis zum Ende der
öffentlichen Sitzung
anwesend bis zum Ende der
öffentlichen Sitzung
anwesend bis zum Ende der
öffentlichen Sitzung
anwesend bis zum Ende der
öffentlichen Sitzung

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der CDU-Fraktion

Ratsherr Norbert Adam

Ratsherr Mert Can Cetin

Ratsherr Oliver Fröhling

Ratsherr Lucas Karich

Ratsfrau Ursula Meyer

Ratsherr Christoph Weiland

Erster Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Manuel Bunge

Ratsherr Gordan Dudas MdL

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Andreas Stach

von der FDP-Fraktion:

Ratsfrau Brunhilde Gromball

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Stephan Haase

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:47 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

1.1. Kontrollen der LKW-Durchfahrtsverbote

Herr Schüttler berichtet, dass der Verkehr an der Bedarfsumleitungsstrecke wieder deutlich zunehmen würde. Auch gebe es sowohl in Richtung Lüdenscheid-Nord als auch in Richtung Lüdenscheid-Mitte wieder regelmäßig Staus. Die Ursache hierfür läge sicherlich auch an den rund 7.000 ausgestellten Ausnahmegenehmigungen. Die Bürgerinitiative hätte eine Statistik über die durchgeführten Kontrollen und Zeiten an der Bedarfsumleitung erstellt. Hierdurch sei erkennbar, dass der Verkehr zu den Kontrollzeiten in Lüdenscheid abnehmen würde.

Die Lkw-Fahrer*innen würden sich untereinander über die Kontrollen informieren und über die bekannten Routen ausweichen. An manchen Tagen sei die Verkehrsbelastung wieder so hoch wie vor dem Durchfahrtsverbot.

Es seien weitergehende Kontrollen angekündigt gewesen.

Die Bürgerinitiative A45 hätte für August bis heute festgehalten, dass in Lüdenscheid-Nord fünfmal, in Lüdenscheid-Mitte dreimal, in Lüdenscheid-Süd viermal und in Brügge einmal kontrolliert worden sei. Die insgesamt 13 Kontrollen seien mit mäßiger Besetzung und nur stundenweise durchgeführt worden. Nachts seien überhaupt keine Kontrollen erfolgt. In der Nacht sei die Verkehrssituation in der Straße „Im Grund“ unerträglich.

Darüber hinaus teilt Herr Schüttler mit, dass die Verkehrszählungen für die Zeit vom 15.08.-17.08.2023 angekündigt gewesen seien. Die für die Zählung erforderlichen Geräte seien aber erst am 16.08.2023 um 12:00 Uhr mittags in der Straße „Im Grund“ aufgehängt worden. Weitere Geräte seien nachweislich erst im Anschluss installiert worden. Am gestrigen Sonntag sei kein Gerät mehr installiert gewesen.

Er frage daher an, ob dies so geplant gewesen sei.

Auch frage sich die Bürgerinitiative, ob in solch einem kurzen Zeitraum eine vernünftige Auswertung überhaupt möglich sei. Hinzu käme noch, dass am vergangenen Freitag ab circa 17:00 Uhr bis Samstag 03:00 Uhr aufgrund einer Vollsperrung der A45 kein Lkw mehr aus Richtung Hagen gekommen sei.

Des Weiteren hätten die Unfälle auf der Bedarfsumleitung zugenommen. Berichte sowie Zahlen zu den Unfällen würden nicht vorgelegt. Er stelle daher die Frage, warum diese Zahlen nicht veröffentlicht würden. Hier fehle es an Transparenz.

Ebenfalls würde die Öffentlichkeit nicht über die Auswertungen der Trailer an der Bedarfsumleitung unterrichtet. Ein Trailer hätte in der Zeit vom 25.07.2023 bis zum 15.08.2023 in der Straße „Im Grund“ gestanden. Wo bleibe hier die Auswertung?

Die Bürgerinitiative A45 wolle gemeinsam mit der Stadt Lüdenscheid Verbesserungen für Lüdenscheid erreichen, damit die Stadt verkehrsgerechter und sicherer würde.

Daher die Frage: Warum bei allem nicht mehr Offenheit?

Im Anschluss teilt Bürgermeister Wagemeyer mit, dass einige der gestellten Fragen nicht spontan beantwortet werden könnten, da weder zuständige Mitarbeiter*innen vom Fachdienst Verkehrsplanung und -lenkung noch vom Fachdienst Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung anwesend seien. Auch läge zum Teil die Zuständigkeit, zum Beispiel bei der Datenerfassung von Unfällen, bei der Polizei.

Zu der Durchführung von Kontrollen würde er innerhalb des Tagesordnungspunktes 3 „Aktuelle Berichterstattung zur Sperrung A45 und ihre Folgen“ berichten.

Weitere Fragen ergeben sich nicht.

2. Berichts- und Beschlusskontrolle

Der Rat der Stadt Lüdenscheid nimmt die Übersichten zur Kenntnis.

3. Aktuelle Berichterstattung zur Sperrung A45 und ihre Folgen

Bürgermeister Wagemeyer berichtet zunächst, dass am 26.07.2023 ein Spitzengespräch A 45 in Lüdenscheid stattgefunden hätte. Kernthema sei hier Planung und Neubau der Brücke gewesen.

Dazu hätte das Bundesverkehrsministerium im Nachgang folgende Informationen ausgegeben:

- *Erklärtes Ziel war und ist es, die Talbrücke Rahmede schnellstmöglich durch einen Neubau zu ersetzen.*
- *Um den Neubau der Brücke frühestmöglich zu erreichen, hat die Autobahn GmbH des Bundes eine funktionale Ausschreibung für deren Neubau ausgelobt.*
- *Bei der funktionalen Ausschreibung werden dem Auftragnehmer neben den Bauleistungen auch Planungsleistungen übertragen („Planung und Bau aus einer Hand“).*

- *Zur Beschleunigung des Neubaus hat die Autobahn GmbH des Bundes im Rahmen der Ausschreibung entsprechende Anreize gesetzt und die Bauzeit als wichtiges Kriterium in die Wertung einbezogen.*
- *Die Autobahn GmbH des Bundes hat nunmehr das Vergabeverfahren abgeschlossen und am 04.07.2023 den Auftrag an die Bietergemeinschaft HABAU/MCE/Bickhardt Bau erteilt.*
- *Der Auftragnehmer hat die Detailplanung bereits eingeleitet.*
- *Die Bauvorbereitungen laufen nach Zeitplan*
- *Nach dem Zeitplan ist vorgesehen, den ersten Überbau (vierstreifig/jeweils zwei Richtungsfahrbahnen) bis Mitte 2026 fertigzustellen.*
- *Nach der Fertigstellung wird der Verkehr auf der A 45 wieder durchgängig fließen können.*
- *Die Fertigstellung des zweiten Überbaus soll bis zum 3. Quartal 2027 erfolgen.*
- *Das gesamte Auftragsvolumen beträgt rund 170 Millionen Euro.*
- *Der Spatenstich für den Neubau soll im Oktober dieses Jahres erfolgen. Die entsprechende Terminierung erfolgt momentan.*
- *Beginnen wird man mit der Herrichtung der Baustraßen. Sofern das Wetter es zulässt, sollen bereits im Januar 2024 erste Betonbauarbeiten erfolgen.*

Zu den Durchfahrtsverboten teilt Bürgermeister Wagemeyer mit, dass in der vergangenen Woche Messungen erfolgt seien. Wie in der öffentlichen Fragestunde bereits durch Herrn Schüttler angesprochen, müsse noch geklärt werden, wann die erforderlichen Geräte für die Messungen aufgehängt worden seien. Die Auswertung laufe zurzeit. Hierzu könne er in er nächsten Ratssitzung sicherlich mehr sagen.

Darüber hinaus gebe es in der heutigen Ratssitzung einige Vorlagen, die unmittelbar mit den Durchfahrtskontrollen zusammenhängen würden. Es sei von Anfang an klar gewesen, dass auch Mitarbeiter*innen des Ordnungsamtes der Stadt Lüdenscheid die Kontrollen entsprechend begleiten müssten, um die Polizei zu unterstützen.

Er könne bestätigen, dass wesentlich mehr Verkehr durch Lüdenscheid fließen würde, wenn keine Kontrollen erfolgten. Hierbei handele es sich um einen von Anfang an kritischen Punkt beim Durchfahrtsverbot. Es sei aber klar gewesen, dass die Polizei des Märkischen Kreises mit Unterstützung von Kräften des Landes Nordrhein-Westfalen nicht auf Dauer mit der Intensität der ersten vier Wochen kontrollieren könnte.

Er habe gut zweieinhalb Wochen nach Beginn des Durchfahrtsverbotes dem Ministerpräsidenten, dem Innenminister und dem Verkehrsminister des Landes Nordrhein-Westfalen sowie den Landrat des Märkischen Kreises ein Schreiben mit dem Hinweis geschickt, dass die Durchfahrtsverbote dauerhaft nur so erfolgreich sein könnten, wenn die Intensität der Kontrollen hochgehalten würde. Daraufhin hätte er ein Telefonat mit der Staatskanzlei geführt. Hier sei ihm explizit zugesichert worden, dass die Kontrollen auch zukünftig durch Kräfte des Landes Nordrhein-Westfalen unterstützt würden und dass es dazu noch eine dezidierte Information aus dem Innenministerium geben würde. Diese Information läge noch nicht vor.

Des Weiteren gebe es nach wie vor viele Anregungen, die insbesondere den Bereich der Verkehrslenkung und -führung betreffen würden. Auch gebe es Anregungen für den Autobahnbereich; diese würden durch das Bürgerbüro an die Autobahn GmbH weitergeleitet und besprochen.

Im Anschluss eröffnet Bürgermeister Wagemeyer die Aussprache.

Ratsherr Schwarzkopf teilt mit, dass er heute vom Innenministerium Nordrhein-Westfalen die Nachricht erhalten hätte, dass ab dem 01.09.2023 sechs neue Mitarbeiter*innen zusätzlich für die Verkehrsdirektion der Polizei zur Verfügung gestellt würden.

Des Weiteren könne er mitteilen, dass die Kredite für die betroffenen Unternehmen verlängert worden seien. Momentan hätten 56 Betriebe einen Kredit in Anspruch genommen. Die Gesamtsumme für die Kredite beläufte sich auf 24 Millionen Euro.

Ratsherr Kahler berichtet, dass das Verkehrsaufkommen am Dickenberg sehr stark zugenommen hätte. Die dortigen Anwohner*innen würden sich wünschen, dass auch in diesem Stadtteil wieder verstärkt kontrolliert würde. Sie würden sich freuen, wenn nicht nur der

Märkische Kreis und das Land Nordrhein-Westfalen, sondern auch Bundesbehörden die Kontrollen unterstützen würden.

Er bäte Bürgermeister Wagemeyer, diesbezüglich Kontakt zum Bundesverkehrsminister aufzunehmen.

Es ergibt sich kein weiterer Erörterungsbedarf.

4. Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses an den Rat zum Ergebnis der Jahresabschlussprüfung 2021 gem. § 59 Abs. 3 GO NRW und Feststellung des Jahresabschlusses 2021

Vorlage: 103/2023

Bürgermeister Wagemeyer teilt zunächst mit, dass über die Punkte 1 – 3 und dem Punkt 4 des Beschlussvorschlages getrennt abgestimmt würde.

Ratsfrau Mewes bittet um Sitzungsunterbrechung, damit sich die CDU-Fraktion kurz beraten könne.

Bürgermeister Wagemeyer unterbricht die Sitzung in der Zeit von 17:32 Uhr bis 17:35 Uhr.

Im Anschluss lässt er zunächst über die Punkte 1 – 3 des Beschlussvorschlages abstimmen.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Rat nimmt den Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses zum Ergebnis der Jahresabschlussprüfung 2021 zur Kenntnis.
2. Der Jahresabschluss zum 31.12.2021 wird gem. § 96 Abs. 1 GO NRW mit einer Bilanzsumme von **622.894.127,62 €** festgestellt.
3. Der Jahresüberschuss in Höhe von **11.323.015,13 €** soll laut Verwaltung wie folgt zugeführt werden:
 - **5.050.801,76 €** zur allgemeinen Rücklage in Höhe der Aufwandsermächtigungsübertragungen
 - **4.473.691,59 €** zur allgemeinen Rücklage in Höhe der coronabedingten Haushaltsbelastungen
 - **360.000,00 €** zur Sonderrücklage für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen am Neubau der Feuer- und Rettungswache
 - **1.438.000,00 €** zur Sonderrücklage zur Sicherung der Herstellung des Neubaus der Feuer- und Rettungswache
 - die verbliebenen **521,78 €** zur allgemeinen Rücklage

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 35

Anschließend lässt Bürgermeister Wagemeyer über Punkt 4 des Beschlussvorschlages abstimmen.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst bei zehn Stimmenthaltungen der CDU-Fraktion folgenden

Beschluss:

4. Dem Bürgermeister wird hinsichtlich des Jahresabschlusses 2021 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 24

Enthaltungen: 10

Bürgermeister Wagemeyer hat kein Stimmrecht.

5. Regelmäßige Kontrollen des Lkw-Fahrverbots und der Geschwindigkeit auf der Umleitungsstrecke mit Hilfe von zwei weiteren Enforcement-Trailern und Personal für die Kooperation mit der Polizei für die Zeit der Brückensperrung Vorlage: 151/2023

Ratsherr Holzrichter weist auf die folgende missverständliche Formulierung in der Begründung der Beschlussvorlage hin:

*Um die von zwei weiteren Messtrailern **erzeugten** Geschwindigkeitsverstöße und LKW Durchfahrtsverstöße im Innendienst bearbeiten zu können, sind weitere 5 Stellen (2 x TVöD 9 a und 3 x TVöD 6) erforderlich.*

Das Wort „erzeugten“ wird durch das Wort „erfassten“ ersetzt.

Im Anschluss geht Erster Beigeordneter Kessler näher auf das erarbeitete Konzept für die Durchführung der Kontrollen ein.

Auch teilt er mit, dass das Bundesamt für Logistik und Mobilität (Balm) Unterstützung zugesagt hätte. Hier befände man sich zurzeit in Abstimmung mit der Polizeibehörde und den zuständigen Mitarbeiter*innen des Ordnungsamtes.

Im Anschluss fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat stimmt der vorgestellten Konzeption zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 35

**6. Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen
Haushaltsjahr 2023 hier: Personalaufwendungen LKW-
Fahrverbot/Geschwindigkeitsüberwachung
Vorlage: 170/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Bei Produktsachkonto 02.01.04 – 5012000/7012000 – Vergütung tarifl. Beschäftigte – werden überplanmäßige Mittel in Höhe von 168.000 € bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei Produktsachkonto 02.01.04 – 5422420/7422420 – Miete mobiles Messsystem – in Höhe von 100.000 €, bei 02.01.01 – 5281180/7281180 – Sachmittel Räume und IT – in Höhe von 38.000 € sowie bei 02.01.01 – 5412000/7412000 – Geschäftsaufwand Beschäftigte – in Höhe von 30.000 € –.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34

**7. Zweite Änderung des Stellenplans 2023
Vorlage: 162/2023**

Nach Beantwortung diverser Nachfragen von Ratsherr Filippek lässt Bürgermeister Wagemeyer über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die in der Anlage dargestellten Änderungen des Stellenplans 2023 werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34

**8. Einstellung von Nachwuchskräften im Jahr 2024, Ergänzung der
Beschlussvorlage Nr. 110/2023
Vorlage: 133/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Zum Ausbildungsbeginn im Jahr 2024 wird ein Ausbildungsplatz für Immobilienkaufleute bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34

9. Erlass einer Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Lüdenscheid
Vorlage: 136/2023

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt die Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Lüdenscheid.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34

10. Erlass einer neuen Hauptsatzung
Vorlage: 137/2023

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt die Hauptsatzung der Stadt Lüdenscheid.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34

11. Antrag DIE LINKE - Windenergieanlage Gemeinsames Projekt von Stadtwerke Lüdenscheid - Mark E - Bürger*innen

Nach Vortrag durch Ratsherrn Bartsch weist Ratsherr Voß darauf hin, dass die Stadt Lüdenscheid die Stadtwerke Lüdenscheid formal nicht beauftragen könnte, eine Betreibergesellschaft zu gründen. Inhaltlich fände der Antrag aber seine Zustimmung. Er bäte daher darum, in der heutigen Sitzung nicht über diesen Antrag abzustimmen und stattdessen dieses Thema inhaltlich in der übernächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz zu behandeln. An dieser Sitzung könnten dann Fachkräfte von den Stadtwerken Lüdenscheid, Mark-E oder ENERVIE teilnehmen.

Die Fraktion DIE LINKE. zieht den Antrag daraufhin zurück.

12. Veräußerung der Anteile der Seniorenwohnheim Weststraße gGmbH an der Wirtschaftsdienste Hellersen GmbH
Vorlage: 140/2023

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1) Der Veräußerung der Anteile der Seniorenwohnheim Weststraße gemeinnützige GmbH an der Wirtschaftsdienste Hellersen GmbH wird zugestimmt.

2) Die Verwaltung wird beauftragt, die Beschlussfassung zu 1) gem. §115 GO Abs. 2 GO NRW bei der Kommunalaufsicht anzuzeigen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34

**13. Sachstand Aufbau und Betrieb des Bildungszentrums "TUMO+lernfab."
Lüdenscheid
Vorlage: 159/2023**

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

**14. Bewilligung von außerplanmäßigen Auszahlungen sowie
Verpflichtungsermächtigungen Haushaltsjahr 2023
hier: Planung Einrichtung Neubau Feuerwache
Vorlage: 160/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Bei Auftragssachkonto O 02040510 – 7831000 - Planung Einrichtung Neubau Feuerwache – werden außerplanmäßige Mittel in Höhe von 50.400 € bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei Auftragssachkonto O 01100602 – 7851000 - Neubau FW Stadtmitte -.
2. Bei Auftragssachkonto O 02040610 – 7831000 - Planung Einrichtung Neubau Feuerwache– werden außerplanmäßige Mittel in Höhe von 21.600 € bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei Auftragssachkonto O 02040604 – 7831000 – Beschaffung RTW -.
3. Bei Auftragssachkonto O 02040510 – 7831000 - Planung Einrichtung Neubau Feuerwache– wird eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 116.270 € bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei Auftragssachkonto O 01100604 – 7851000 – Neubau Feuerwehr Brüninghausen -.
4. Bei Auftragssachkonto O 02040610 – 7831000 - Planung Einrichtung Neubau Feuerwache– wird eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 49.830 € bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei Auftragssachkonto O 01100604 – 7851000 – Neubau Feuerwehr Brüninghausen -.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34

**15. Vergabe der Planung der Inneneinrichtung und Möblierung der neuen
Feuer- und Rettungswache
Vorlage: 149/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Durchführung eines Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb für die Vergabe der Planung der Inneneinrichtung und Möblierung der neuen Feuer- und Rettungswache an

der Wiesenstraße unter Begleitung eines externen Planungs- bzw. Beratungsbüros wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34

**16. Bewilligung von überplanmäßigen Ausgaben Haushaltsjahr 2023
hier: Spielplatz Breslauer Straße
Vorlage: 142/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachfolgenden

Beschluss:

Bei Auftragskonto N 06020205 – 7852000 – Spielplatz Breslauer Straße – werden überplanmäßige Mittel in Höhe von 50.000 € bewilligt. Die Deckung kann durch Einsparungen bei Auftragskonto O 06020205 – 7852000 – Spielplatz Kerksigstraße – erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34

**17. Beschaffung von zwei Rettungswagen
Vorlage: 132/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Durchführung einer europaweiten Ausschreibung für die Beschaffung von zwei Rettungswagen (RTW) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 34

**18. Allgemeine Vertretungslisten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 144/2023**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Hinsichtlich der Vertretung von ordentlichen Ausschussmitgliedern in Ausschusssitzungen ist vorgesehen, dass alle in der nachstehenden Vertretungsliste aufgeführten Personen, die nicht zu ordentlichen Ausschussmitgliedern gewählt wurden, **in der genannten Reihenfolge** als stellvertretende Ausschussmitglieder tätig werden können, und zwar ausschließlich für ein verhandeltes ordentliches Ausschussmitglied.

Allgemeine Vertretungslisten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ausschuss für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung

Ratsherr Andreas Stach
Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Ilona Bartocha
Ratsfrau Julia Decker
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttebreucker
Sachkundiger Bürger Christian Scheider
Sachkundige Bürgerin Victoria Kordt

Ausschuss für Soziales, Senioren und Demografie

Ratsherr Andreas Stach
Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Ilona Bartocha
Sachkundiger Bürger Sören Miossec
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttebreucker
Sachkundiger Bürger Christian Scheider
Sachkundige Bürgerin Victoria Kordt

Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz

Sachkundiger Bürger Sören Miossec
Ratsherr Andreas Stach
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Julia Decker
Ratsherr Jürgen Appelt
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttebreucker
Sachkundige Bürgerin Victoria Kordt

Bau und Verkehrsausschuss

Sachkundiger Bürger Sören Miossec
Ratsherr Andreas Stach
Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Julia Decker
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttebreucker
Sachkundiger Bürger Christian Scheider
Sachkundige Bürgerin Victoria Kordt

Interessenvertretung für Menschen mit Behinderungen

Ratsherr Andreas Stach
Ratsherr Jürgen Appel
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Julia Decker
Ratsfrau Ilona Bartocha
Sachkundiger Bürger Sören Miossec
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttebreucker
Sachkundiger Bürger Christian Scheider
Sachkundige Bürgerin Victoria Kordt

Kulturausschuss

Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Julia Decker
Ratsfrau Ilona Bartocha
Sachkundiger Bürger Sören Miossec
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttebreucker
Sachkundiger Bürger Christian Scheider
Sachkundige Bürgerin Victoria Kordt

Rechnungsprüfungsausschuss

Ratsherr Andreas Stach
Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Ilona Bartocha
Sachkundiger Bürger Sören Miossec
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttebreucker
Sachkundige Bürgerin Victoria Kordt

Schulausschuss

Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Julia Decker
Ratsfrau Ilona Bartocha
Sachkundiger Bürger Sören Miossec
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttebreucker
Sachkundiger Bürger Christian Scheider
Sachkundige Bürgerin Victoria Kordt

Sportausschuss

Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Julia Decker
Ratsfrau Ilona Bartocha
Sachkundiger Bürger Sören Miossec
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttebreucker
Sachkundige Bürgerin Victoria Kordt

Stadtplanungsausschuss

Ratsherr Andreas Stach
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Julia Decker
Sachkundiger Bürger Sören Miossec
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttebreucker
Sachkundiger Bürger Christian Scheider
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Victoria Kordt

Werksausschuss STL

Ratsherr Andreas Stach
Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Julia Decker
Ratsfrau Ilona Bartocha
Sachkundiger Bürger Sören Miossec
Sachkundige Bürgerin Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundige Bürgerin Anke Lohbeck-Hüttebreucker
Sachkundiger Bürger Christian Scheider
Sachkundige Bürgerin Victoria Kordt

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 33

Bürgermeister Wagemeyer hat kein Stimmrecht.

19. Umbesetzung von Ausschüssen; hier Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz

Vorlage: 176/2023

Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung genommen.

20. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

20.1. Bekanntgaben

20.1.1. Information zur haushaltswirtschaftlichen Lage

Beigeordneter und Stadtkämmerer Haarhaus gibt zunächst bekannt, dass sich die Aufstellung des Jahresabschlusses 2022 verzögern würde. Aktuell läge der Fokus in der Kämmerei auf den Vorbereitungen des Haushalts 2024. Beim Jahresabschluss 2022 sei mit einem deutlichen Überschuss zu rechnen.

Der Haushalt 2023 sei bereits mit Defiziten geplant worden. Die Gewerbesteuererinnahmen seien nach wie vor stabil. Der negative Trend aus dem 1. Quartal hinsichtlich des

Gemeindeanteils bei der Einkommenssteuer hätte sich bestätigt. Hier läge man weiterhin unter Plan.

Insgesamt würde man sich für 2023 weiterhin in den Planungen bewegen.

Besorgniserregend wären die Aussichten auf den Haushalt 2024. Die in den letzten zwei Berichten skizzierten Risiken hätten sich bewahrheitet. Weitere Belastungen seien hinzugekommen und die bereits vorhandenen Belastungen fielen deutlich höher aus als prognostiziert.

Es sei jetzt schon absehbar, dass ab dem Haushaltsjahr 2024 ein neuerliches Haushaltssicherungskonzept nicht vermieden werden könnte.

Aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen machte die Einbringung des Haushaltes 2024 in der Ratssitzung am 16.10.2023 keinen Sinn. Der Zeitplan für den Haushalt 2024 müsste noch einmal überarbeitet werden.

Im Einzelnen hätte sich über die Sommerpause folgendes ereignet:

Das Land Nordrhein-Westfalen hätte der Stadt Lüdenscheid mitgeteilt, dass die eigenen Steuereinnahmen in 2024 niedriger ausfallen würden als prognostiziert worden sei. Dies bedeute, dass das Land im kommenden Jahr weniger Geld an die Kommunen verteilen würde.

Darüber hinaus plane das Land eine sogenannte Altschuldenlösung. Hiervon würde die Stadt Lüdenscheid nicht profitieren, da Lüdenscheid keine Altschulden im Sinne dieser Regelung hätte.

Die Stadt Lüdenscheid müsste im Gegenteil diese Altschuldenlösung mitfinanzieren.

Die genauen Rahmenbedingungen stünden noch nicht fest.

Des Weiteren hätte das Land Nordrhein-Westfalen informiert, dass die Isolierungsvorschriften nicht weiter fortgeführt werden sollten. Dies mache bei der Haushaltsplanung mindestens einen siebenstelligen Betrag aus, der als zusätzliche Belastung im Haushalt ausgewiesen werden müsste.

Der Märkische Kreis hätte letzte Woche mitgeteilt, dass die Kreisumlage im kommenden Jahr für alle Kommunen um 50 Millionen Euro steigen würde. Für die Stadt Lüdenscheid bedeute dies einen zusätzlichen Betrag von circa 10 Millionen Euro im Jahr. Eine Steigerung sei in der mittelfristigen Planung zwar berücksichtigt worden, allerdings nicht in diesem Ausmaß.

Hinzu käme auch noch die Ankündigung eines Klimainvestitionsprogrammes. Hierfür lägen noch keine Eckdaten vor.

Die Aktualisierung des Zeitplans würde in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Beteiligungen, Finanzentwicklung und Verwaltungsmodernisierung sowie interfraktionell erörtert.

20.1.2. "Blaulichttag"

Fachbereichsleiter Reuver trägt folgende Bekanntgabe vor:

Der Fachdienst Schule und Sport (FD 40) hat das Thema bereits wiederholt in die Besprechungen mit den Schulleitungen eingebracht. Auch dort ist die Idee positiv aufgenommen worden. Ein einheitlicher Aktionstag bzw. eine unter allen Schulen koordinierte Aktionswoche ist allerdings für die Schulen nicht umsetzbar. Stattdessen würden die Schulen „bilaterale“ Vereinbarungen zwischen interessierter Schule und der jeweiligen Blaulichtorganisation begrüßen. Hilfsorganisationen können sich also mit ihren Konzepten und Ideen an Schulen wenden und ggf. Aktionen vereinbaren. Die Feuerwehr hat bereits angekündigt, eine

„Feuerwehr-AG“ für die Schulen anzubieten und den Schulen die entsprechende Konzeption vorzustellen. Der Schulträger Stadt Lüdenscheid steht bei Bedarf unterstützend zur Verfügung und wird auch die anderen Organisationen entsprechend informieren.

20.2. Beantwortung von Anfragen

20.2.1. Beantwortung der schriftlichen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. sowie des Rats Herrn Bartsch vom 18.06.2023; Ergebnisse der Stadtklimaanalyse

Die Beantwortung der Anfrage ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

20.2.2. Beantwortung der mündlichen Anfrage des Rats Herrn Filippek in der öffentlichen Sitzung des Rates am 19.06.2023; Biergarten auf dem Rathausplatz

Die Beantwortung der Anfrage ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

20.2.3. Beantwortung der mündlichen Anfrage des Rats Herrn Kahler in der öffentlichen Sitzung des Rates am 19.06.2023; ehemalige Hermann-Gmeiner-Schule

Die Beantwortung der Anfrage ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

20.2.4. Beantwortung der mündlichen Anfrage des Rats Herrn Ersching in der öffentlichen Sitzung des Rates am 19.06.2023; Stadtradeln/Meldeplattform RADar!

Die Beantwortung der Anfrage ist der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.

20.2.5. Beantwortung der mündlichen Anfrage des Rats Herrn Ersching in der öffentlichen Sitzung des Rates am 19.06.2023; Radweg auf der Heedfelder Straße

Die Beantwortung der Anfrage ist der Niederschrift als Anlage 5 beigelegt.

20.2.6. Beantwortung der mündlichen Anfrage des Rats Herrn Holzrichter in der öffentlichen Sitzung des Rates am 19.06.2023; Kosten des Deutschlandtickets für die Beschäftigten der Stadt Lüdenscheid

Die Beantwortung der Anfrage ist der Niederschrift als Anlage 6 beigelegt.

20.3. Anfragen

20.3.1. Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 03.07.2023 sowie deren Beantwortung; Nutzung der Villa an der Staberger Straße

Die schriftliche Anfrage sowie deren Beantwortung sind der Niederschrift als Anlage 7 beigelegt.

20.3.2. Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. und des Rats Herrn Bartsch vom 14.07.2023 sowie deren Beantwortung; Stadtklimaanalyse

Die schriftliche Anfrage sowie deren Beantwortung sind der Niederschrift als Anlage 8 beigelegt.

**20.3.3. Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 24.07.2023 sowie deren Beantwortung;
Hitzeaktionsplan in Lüdenscheid**

Die schriftliche Anfrage sowie deren Beantwortung sind der Niederschrift als Anlage 9 beigelegt.

**20.3.4. Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 03.08.2023;
Umstellung des Fuhrparks STL auf E-Fahrzeuge**

Bürgermeister Wagemeyer teilt mit, dass diese Anfrage an den STL verwiesen würde. Die Beantwortung der Anfrage erfolge im Werksausschuss STL.

**20.3.5. Schriftliche Anfragen des Rats Herrn Bartsch vom 04.08.2023;
Versiegelte Flächen Wilhelmstraße**

Bürgermeister Wagemeyer sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage für die Sitzung des Rates am 25.09.2023 zu.

Die Anfrage ist der Niederschrift als Anlage 10 beigelegt.

**20.3.6. Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 14.08.2023;
Mikroplastiken**

Bürgermeister Wagemeyer teilt mit, dass eine schriftliche Beantwortung der Anfrage in der Sitzung des Rates am 25.09.2023 erfolgen würde.

Die Anfrage ist der Niederschrift als Anlage 11 beigelegt.

**20.3.7. Mündliche Anfrage des Rats Herrn Ersching;
Nutzung des öffentlichen WC am Rathaus mit Euro-WC-Schlüssel**

Ratsherr Ersching fragt an, warum das öffentliche WC am Rathaus nicht mit dem Euro-WC-Schlüssel, der an Menschen mit Behinderungen ausgegeben würde, zugänglich sei.

**20.3.8. Mündliche Anfrage des Rats Herrn Ersching;
Unterhaltungskosten für die Parkplätze auf öffentlichen Flächen**

Ratsherr Ersching führt aus, dass zwar die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung nicht aber die Kosten für die Unterhaltung der Parkflächen im städtischen Haushalt aufgeführt seien.

Er frage daher an, welche Kosten für die Unterhaltung der Parkplätze anfallen.

**20.3.9. Mündliche Anfrage des Rats Herrn Ersching;
Spielplatz oberhalb der Tinsberger Grundschule**

Ratsherr Ersching bezieht sich auf den eingezäunten Spielplatz oberhalb der Tinsberger Grundschule. Dieser sei nur zu bestimmten Zeiten geöffnet und am Eingang weise ein Schild darauf hin, dass der Spielplatz mit Mitteln aus dem Städtebau gefördert worden sei. Er frage daher an, ob dieser Spielplatz der Allgemeinheit uneingeschränkt zur Verfügung gestellt werden könnte.

20.3.10. Mündliche Anfrage des Rats Herrn Kahler; Sachstand "Spielplatzkonzept"

Ratsherr Kahler weist zunächst darauf hin, dass vor einigen Tagen der „Burgspielplatz“ in der Altstadt eröffnet worden sei. Darüber hinaus sei in der heutigen Sitzung die Bewilligung von überplanmäßigen Ausgaben für den Spielplatz Breslauer Straße beschlossen worden.

In den Außenstadtteilen, wie zum Beispiel am Freisenberg, würden die Anwohner*innen auch bereits seit langem auf einen Spielplatz warten.

Die Politik hätte bereits vor geraumer Zeit die Erstellung eines Spielplatzkonzeptes beschlossen.

Das Konzept hätte im Frühjahr dieses Jahres vorgelegt werden sollen.

Er frage daher an, wie der aktuelle Sachstand sei.

Fachbereichsleiter Müller teilt hierzu mit, dass die zuständige Stelle im Fachdienst Klima- und Umweltschutz, Grünflächenplanung seit über einem Jahr unbesetzt sei.

Für die weitere Spielplatzplanung sowie auch den Bau benötige man entsprechendes Personal.

Zurzeit seien zwei Stellen unbesetzt. Spielplatzplanungen könnten vom Fachdienst nicht wahrgenommen werden. Eine externe Vergabe für die Planungen des vorgesehenen Spielplatzes an der Breslauer Straße sei daher unumgänglich.

Der Spielplatz an der Breslauer Straße sei aufgrund des aktuell vorliegenden Spielplatzkonzeptes zum Zuge gekommen. Die Beauftragung eines neuen Spielplatzkonzeptes hätte aus den genannten Gründen noch nicht erfolgen können. Hier arbeite er momentan dran.

Nach Erstellung des neuen Spielplatzkonzeptes würden anhand der Ergebnisse die weiteren Spielplatzplanungen sukzessive auf den Weg gebracht.

Inwieweit eine Stellenbesetzung vollzogen werden könnte, würde sich in den nächsten Wochen entscheiden. Falls er bis dahin nicht dazu gekommen sei, müsse die Beauftragung des Spielplatzkonzeptes dann durch den*die neue Mitarbeiter*in erfolgen.

20.3.11. Mündliche Anfrage des Rats Herrn Kriegel; Momentaner Fachkräftemangel im Fachdienst Klima- und Umweltschutz, Grünflächenplanung

Ratsherr Kriegel bezieht sich auf die Ausführungen von Fachbereichsleiter Müller hinsichtlich des Fachkräftemangels beim Fachdienst Klima- und Umweltschutz, Grünflächenplanung bei der vorherigen Anfrage des Rats Herrn Kahler zum Sachstand „Spielplatzkonzept“.

Er fragt an, ob es konkrete Pläne geben würde, diesen Personalmangel durch andere Maßnahmen auf längere Sicht wettzumachen.

Bürgermeister Wagemeyer antwortet, dass die Option bestünde, Aufgaben - zum Beispiel in Zusammenarbeit mit dem STL - umzuverteilen. Allerdings gebe es beim STL im Hinblick auf das Personal ähnliche Probleme.

Darüber hinaus könnten Arbeiten auch extern vergeben werden. Hierbei müssten aber die finanziellen Aufwendungen beachtet werden. In diesem Zusammenhang verweise er auch noch einmal auf die heutigen Ausführungen des Kämmerers zur haushaltswirtschaftlichen Lage.

20.3.12. Mündliche Anfrage des Rats Herrn Schöttler; Parkende LKW auf der Werdohler Landstraße

Ratsherr Schöttler teilt mit, dass auf der Werdohler Straße – insbesondere an den Wochenenden – wieder verstärkt LKW unberechtigt parken würden.

Er frage daher an, ob in diesem Bereich Kontrollen durchgeführt werden könnten.

**20.3.13. Mündliche Anfrage des Rats Herrn Schöttler;
Verkehrsrechtliche Situation an der Ida-Gerhardi-Schule**

Rats Herr Schöttler fragt an, ob der Verwaltung die morgendliche Verkehrssituation durch das Bringen der Kinder an der Ida-Gerhardi-Schule bekannt sei.

Des Weiteren fragt er an, welche Maßnahmen als Appelle an die Eltern ergriffen werden könnten.

Bürgermeister Wagemeyer erwidert, dass die Situation dem Fachdienst Verkehrsplanung und -lenkung bekannt sei und sich diesem Thema angenommen würde.
Eine Beantwortung der Anfrage würde erfolgen.

gez. Wagemeyer

Vorsitzender

gez. Kerstin Marré

Schriftführerin